

## 5 Migrationsgeschehen im europäischen Vergleich

### 5.1 Zu- und Abwanderung insgesamt

Bei der Betrachtung des Migrationsgeschehens in der Europäischen Union (EU) sowie in der Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein ist zu berücksichtigen, dass bis zum Jahr 2009 die Vergleichbarkeit der Wanderungszahlen erheblich eingeschränkt war. Unterschiedliche Definitionskriterien und damit die uneinheitliche Erfassung des Migrationsgeschehens führten dazu, dass eine Gegenüberstellung der Zu- und Abwanderungszahlen in den Statistiken der einzelnen Länder zum Teil erhebliche Abweichungen ergab.<sup>128</sup> Am 14. März 2007 hat das Europäische Parlament dem Vorschlag der Europäischen Kommission für die EG-Verordnung über Gemeinschaftsstatistiken in den Bereichen Migration und internationaler Schutz zugestimmt. Am 12. Juni 2007 wurde dieser vom Rat der Europäischen Union<sup>129</sup> angenommen. Ziel dieser Verordnung sind die Verbesserung der Informationen über das Migrationsgeschehen auf europäischer Ebene und eine verbesserte Vergleichbarkeit der jeweiligen Wanderungstatistiken durch die Verwendung einheitlicher Definitionen und Erfassungskriterien.

In der Verordnung werden die Begriffe Zuwanderung und Abwanderung in Anlehnung an die Empfehlungen der Vereinten Nationen (UN)<sup>130</sup> wie folgt definiert:

- Zuwanderung ist die Handlung, durch die eine Person ihren üblichen Aufenthaltsort für einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten bzw. von voraussichtlich mindestens 12 Monaten in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verlegt, nachdem sie zuvor ihren üblichen Aufenthaltsort in einem anderen Mitgliedstaat oder einem Drittstaat hatte.<sup>131</sup>
- Abwanderung ist die Handlung, durch die eine Person, die zuvor ihren üblichen Aufenthaltsort im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats hatte, ihren üblichen Aufenthaltsort in diesem Mitgliedstaat für einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten bzw. von voraussichtlich mindestens 12 Monaten aufgibt.

Diese Definition grenzt sich durch die (beabsichtigte) Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr von der Definition der Zu- und Fortzüge in der amtlichen Wanderungstatistik in Deutschland ab (vgl. Kapitel 1). Damit sind temporäre Formen der Migration (z. B. saisonal beschäftigte Person) in der Regel nicht erfasst, weshalb die folgenden Zahlen für Deutschland ab dem Jahr 2009 sowohl für die Zu- als auch für die Fortzüge geringer sind als im Kapitel 1 dargestellt. Seit 2009 weisen fast alle EU-Länder die Zu- und Abwanderung nach der Empfehlung der UN aus, daher werden hier nur noch diese Daten dargestellt. Neben den EU-Staaten wird auch das Wanderungsgeschehen der Schweiz und Norwegens als relevante Zuwanderungsländer in Europa mit einbezogen.

---

<sup>128</sup> So waren die Definitions- und Erfassungskriterien für das Merkmal „Migrant international“ nicht einheitlich. In einigen Staaten wurde beispielsweise eine Aufenthaltsdauer von mindestens 1 Jahr im Zielland vorausgesetzt, sodass temporäre Formen der Migration (z. B. saisonal beschäftigte Person) in den Wanderungstatistiken dieser Länder nicht erfasst waren. Manche Staaten nahmen die faktische Aufenthaltsdauer, andere die beabsichtigte Dauer des Aufenthalts zum Maßstab. In Deutschland wurden dagegen ausschließlich die Wohnortwechsel über die Grenzen (Wohnsitznahme) registriert. Vgl. dazu Lederer 2004, S. 80f.

<sup>129</sup> Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz, EU Amtsblatt L 199.

<sup>130</sup> United Nations 1998, S. 10.

<sup>131</sup> Hält sich eine Person nach Einreise mindestens 1 Jahr im Zielland auf, spricht man auch von „long-term migrant“, bei einer Aufenthaltsdauer zwischen 3 und 12 Monaten dagegen von „short-term migrant“.



Nachfolgend werden die Zu- und Abwanderungszahlen auf Grundlage von Eurostat-Daten der einzelnen Länder sowohl absolut als auch im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße dargestellt. Dabei ist zu beachten, dass die Daten immer erst mit ca. 2 Jahren Verzögerung vorliegen, demzufolge kann hier nur auf die Zahlen bis einschließlich 2021 eingegangen werden. Für das Vereinigte Königreich liegen seit dem Berichtsjahr 2020 keine Daten mehr vor.

### **Zu- und Abwanderungszahlen**

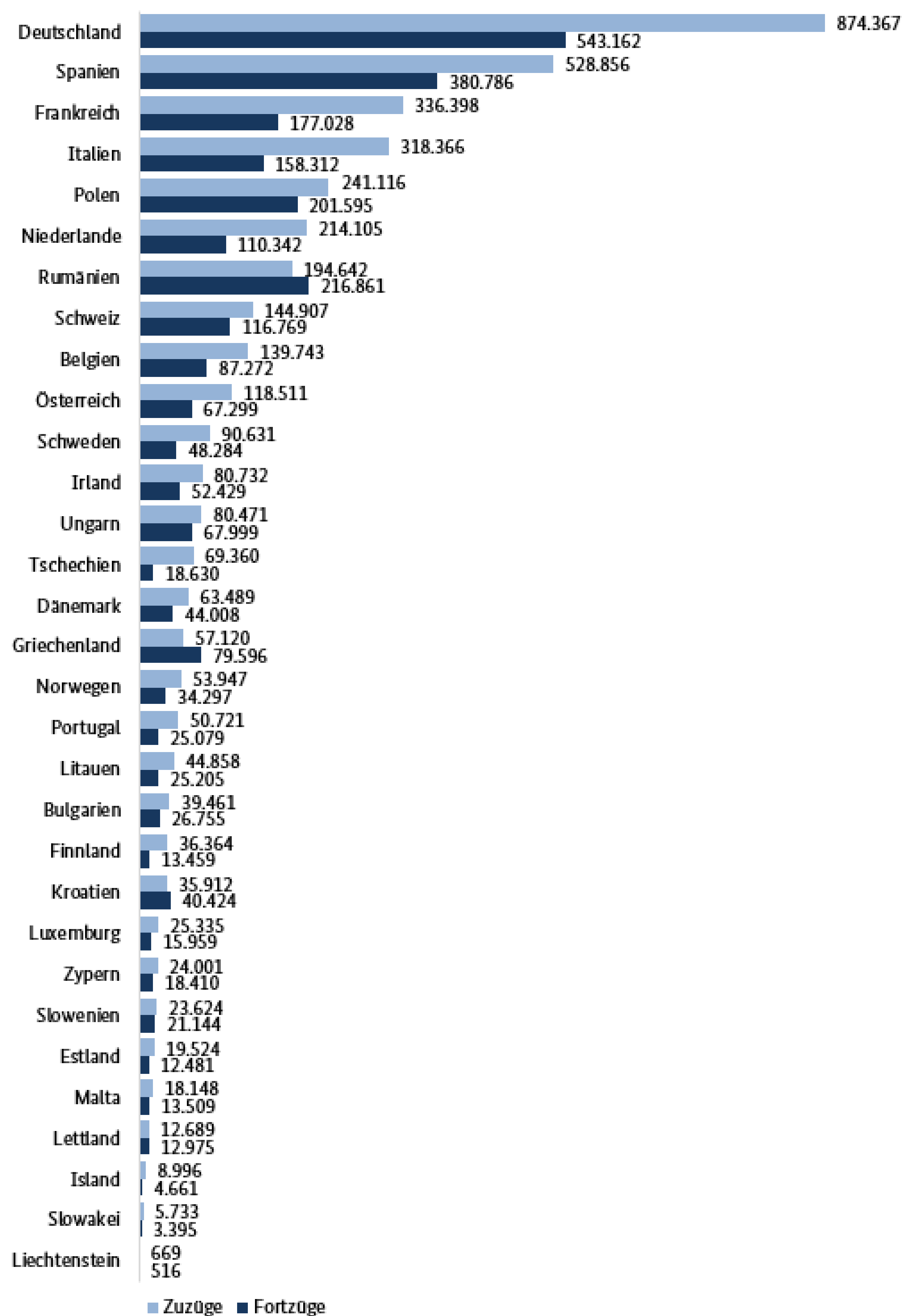
Die Beendigung pandemiebedingter Einschränkungen im Jahr 2021 schlägt sich auch in der langfristigen Zu- und Abwanderung nieder. So stieg für einen Großteil der EU-Mitgliedsstaaten sowohl die Anzahl der Zuzüge als auch die der Fortzüge erheblich an. Mit Blick auf die Zuzüge hatte Deutschland unter den 27 EU-Staaten 2021 die höchste längerfristige Zuwanderung nach UN-Definition zu verzeichnen (874.367 Zuzüge). 2020 betrug die Zahl noch 728.606, somit ist ein Anstieg um 20,0 % zu verzeichnen. Bei Fortzügen von 543.162 Personen im Jahr 2021 ergab sich für Deutschland ein Wanderungsüberschuss von +331.205 (2020: +240.468).

Das zweitwichtigste Hauptzielland in der EU war im Jahr 2021 Spanien. 2020 betrug die Zahl der Zuzüge 467.918 und stieg 2021 auf 528.856 (+13,0 %). Im Jahr 2021 wurden 380.786 Fortzüge aus diesem Land registriert (2020: 248.561). Entsprechend verzeichnete Spanien 2021 einen Wanderungssaldo von +148.070 Personen (2020: +219.357) (vgl. Abbildung 5-1 und Tabelle 5-2 sowie Tabelle 5-3 im Anhang).

In Frankreich ist die Zuwanderung von 283.237 Personen im Jahr 2020 auf 336.398 im Jahr 2021 gewachsen (+18,8 %). Die Zahl der Fortzüge betrug 177.028 Personen (2020: 144.797, +22,3 %), sodass 2021 ein Wanderungsüberschuss von +159.370 Personen verzeichnet wurde (2020: +138.440). In Italien stieg 2021 die Zuwanderung um 28,6 % gegenüber 2020 an (2021: 318.366, 2020: 247.526), während die Anzahl an Fortzügen weitestgehend konstant blieb (2021: 158.312, 2020: 159.884). Daraus ergab sich in diesem Jahr ein Wanderungsüberschuss von +160.054 Personen (2020: 87.642). Somit war Italien – nach Deutschland und knapp vor Frankreich sowie Spanien – das Land mit dem zweithöchsten Wanderungsüberschuss.

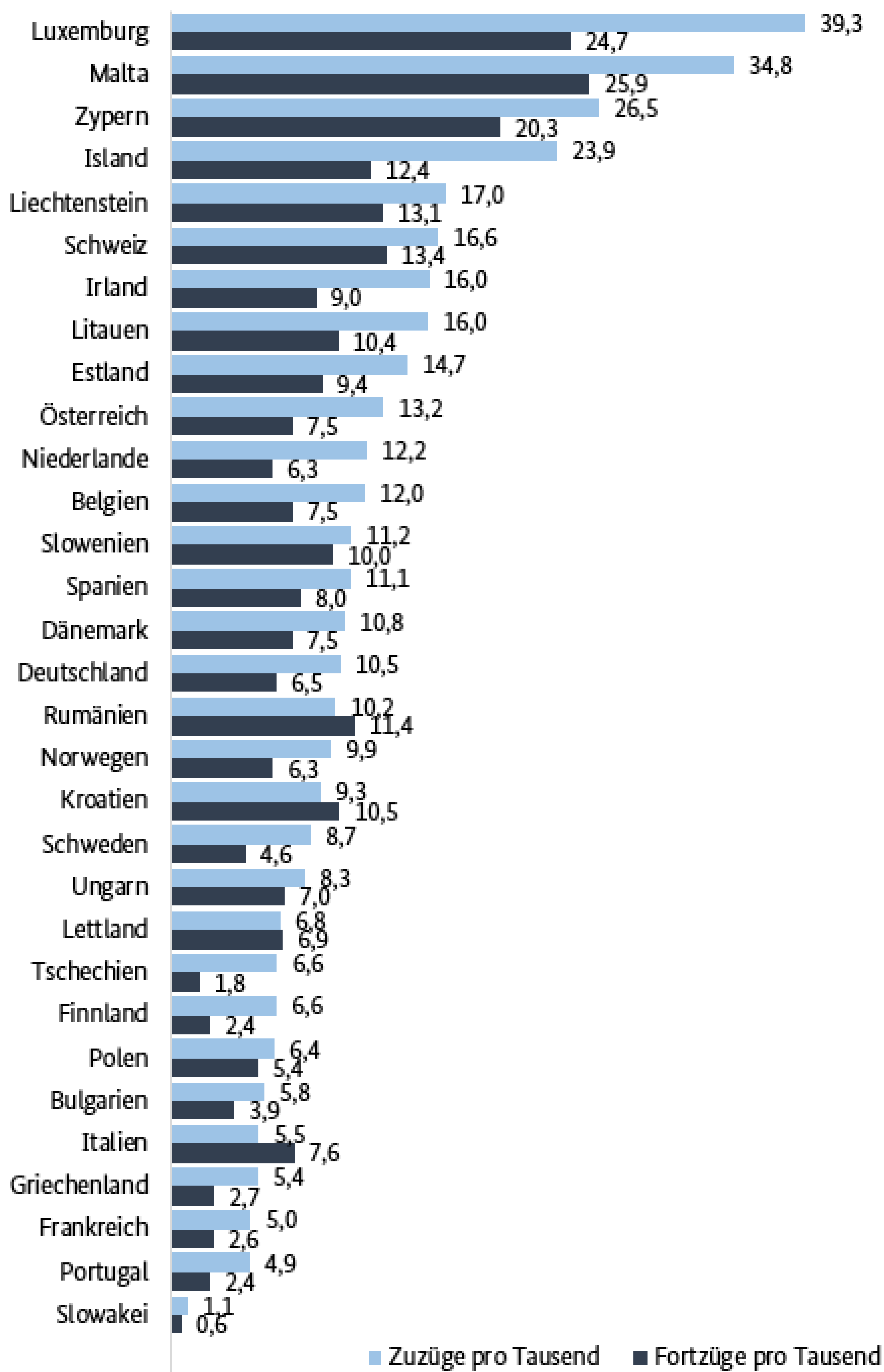
Polen bildet neben Deutschland, Spanien, Frankreich und Italien ebenfalls eines der Hauptzielländer von Migrantinnen und Migranten. 2021 betrug die Zahl der Zuzüge 241.116 (2020: 210.615). Bei gleichzeitig 201.595 Fortzügen (2020: 161.666) verzeichnete Polen einen Wanderungsüberschuss von +39.521 (2020: 48.949). Weitere wichtige europäische Zielländer im Jahr 2021 waren die Niederlande (214.105 Zuzüge), Rumänien (194.642), die Schweiz (144.907), Belgien (139.743), Österreich (118.511) und Schweden (90.631). Während für die Staaten Griechenland (Saldo von -22.476) und Rumänien (-22.219) erhebliche Wanderungsverluste registriert wurden, waren die Niederlande (+103.763), Belgien (+52.471), Österreich (+51.212) und Tschechien (+50.730) weitere Länder, die einen deutlich positiven Wanderungssaldo von über 50.000 Personen erzielten (vgl. Abbildung 5-1 und Tabelle 5-2 sowie Tabelle 5-3 im Anhang).

Abbildung 5-1: Zu- und Fortzüge (nach UN-Definition) im Jahr 2021 in den EU-27-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen



Quelle: Eurostat (migr\_imm1ctz/migr\_emi1ctz, Abfragestand: 15. September 2023)

Abbildung 5-2: Zu- und Fortzüge (nach UN-Definition) im Jahr 2021 in den EU-27-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern



Quelle: Eurostat (migr\_imm1ctz/migr\_emi1ctz/demo\_pjan, Abfragestand: 15. September 2023)

Bei einem Vergleich der Zuwanderungszahlen der einzelnen Staaten im Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerungsgröße zeigt sich für 2021, dass neben Luxemburg auch Malta, Zypern und Island hohe Werte verzeichneten. Deutschland befindet sich hier nur im Mittelfeld. Eine relativ geringe Fortzugszahl wurde für die Slowakei, Tschechien, Portugal, Finnland und Frankreich registriert (vgl. Abbildung 5-2).

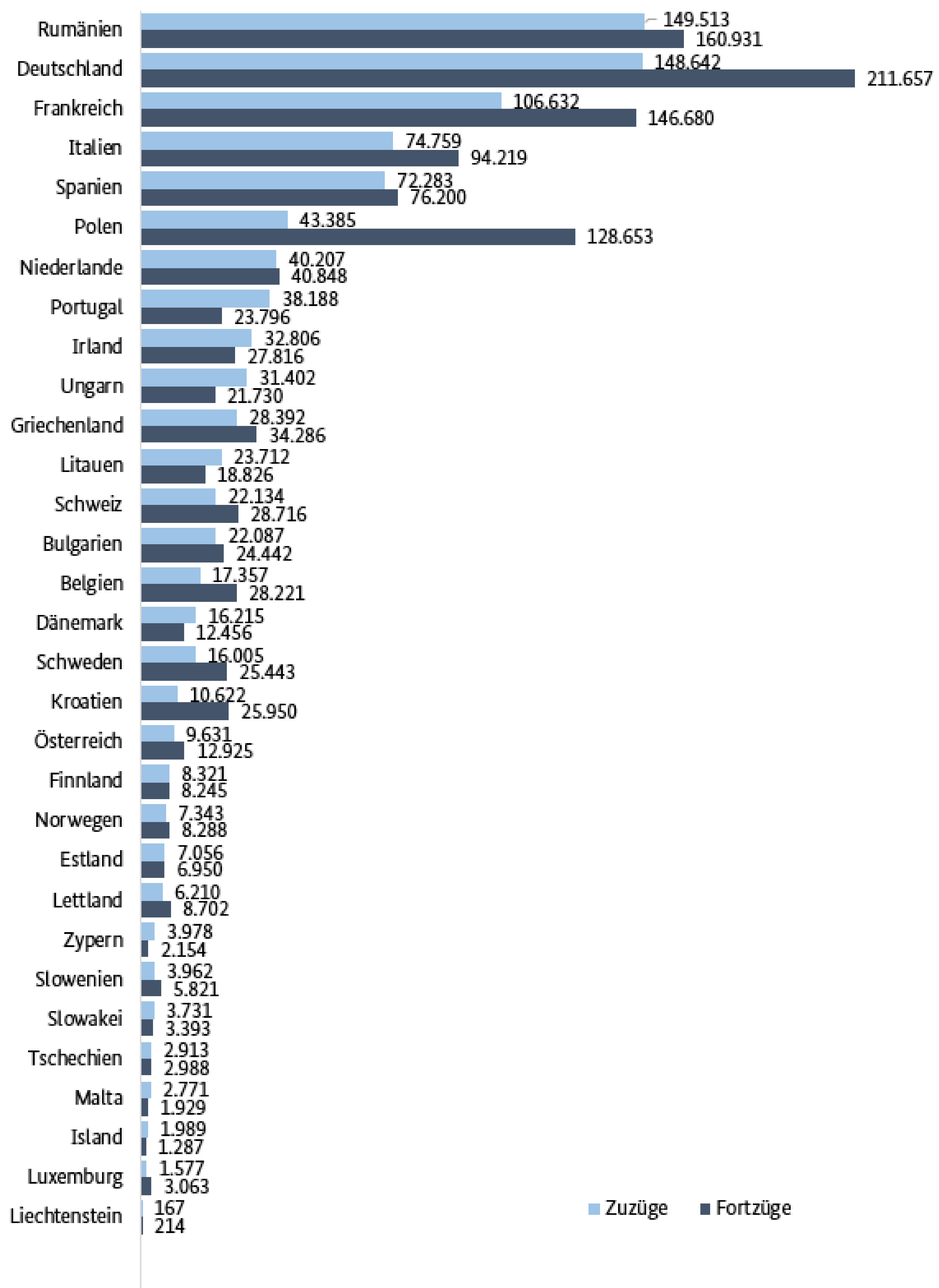
Betrachtet man nur die Zu- und Abwanderung von eigenen Staatsangehörigen (inländischen Personen), ist zu erkennen, dass aus Deutschland 2021 mehr deutsche Staatsangehörige fort- als zuzogen. Auch in 19

anderen europäischen Staaten wanderten im Jahr 2021 (zum Teil deutlich) mehr eigene Staatsangehörige ab als zuzogen (vgl. Abbildung 5-3 und Tabelle 5-4 im Anhang). Dagegen kehrten in weiteren 11 Staaten, darunter Portugal, Ungarn und Irland, mehr eigene Staatsangehörige zurück als das Land verließen. Setzt man die Zahl der Fortzüge ins Verhältnis zur Zahl der Zuzüge, so wanderten 2021 nahezu dreimal so viele polnische Staatsangehörige aus Polen ab als dorthin zurückzogen. Bei Staatsangehörigen aus Kroatien beträgt dieses Verhältnis 2,4:1, bei luxemburgischen Staatsangehörigen 1,9:1, bei deutschen Staatsangehörigen 1,4:1 (vgl. Tabelle 5-4 im Anhang).

Bei der Betrachtung des Anteils der inländischen Personen an der jeweiligen Zu- und Abwanderung zeigt sich zudem, dass es sich bei der Zuwanderung in die süd- und osteuropäischen Staaten vor allem um Rückwanderung eigener Staatsangehöriger handelt. So weist Rumänien 2021 mit 76,8 % den höchsten Anteil von Inländerinnen und Inländern an der Zuwanderung auf, gefolgt von Portugal (75,3 %) und der Slowakei (65,1 %). Die geringsten Anteile von inländischen Personen an der jeweiligen Zuwanderung wiesen Tschechien (4,2 %), Luxemburg (6,2 %) sowie Österreich (8,1 %) und Belgien (12,4 %) auf. Bei der Abwanderung ist die Struktur ähnlich, jedoch sind die Anteile von inländischen Personen in der Regel höher als bei der Zuwanderung (vgl. Tabelle 5-5 im Anhang).



Abbildung 5-3: Zu- und Fortzüge (nach UN-Definition) von inländischen Personen im Jahr 2021 in den EU-27-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen



Quelle: Eurostat (migr\_imm1ctz/migr\_emi1ctz, Abfragestand: 15. September 2023)

## 5.2 Asyl

### Asylanträge

Im Jahr 2022 wurden in der EU-27 965.665 Asylanträge (Erst- und Folgeanträge)<sup>132</sup> aus Nicht-EU-Staaten registriert. Damit ist die Zahl der Asylanträge im Vergleich zum Vorjahr (2021: 632.405) um 52,7 % gestiegen<sup>133</sup> (vgl. Tabelle 5-6 im Anhang).

Im EU-Vergleich wurden 2022 die meisten Asylanträge in Deutschland (243.835) und Frankreich (156.455) gestellt (vgl. Abbildung 5-4). Die weiteren Hauptzielländer von Asylantragstellenden waren Spanien (117.945), Österreich (112.245) und Italien (84.290). In absoluten Zahlen wurden 2022 die höchsten Zuwächse im Vergleich zu 2021 in Österreich (72.345 bzw. + 181,3 %), Deutschland (+53.290 bzw. +29,0 %), Spanien (+52.650 bzw. +80,6 %) und Frankreich (+35.770 bzw. +29,6 %) verzeichnet. Im Gegensatz dazu ergaben sich in Litauen (-2.915 bzw. -74,0 %) und Malta (-275 bzw. -17,2 %) die größten absoluten Rückgänge bei den Antragszahlen.

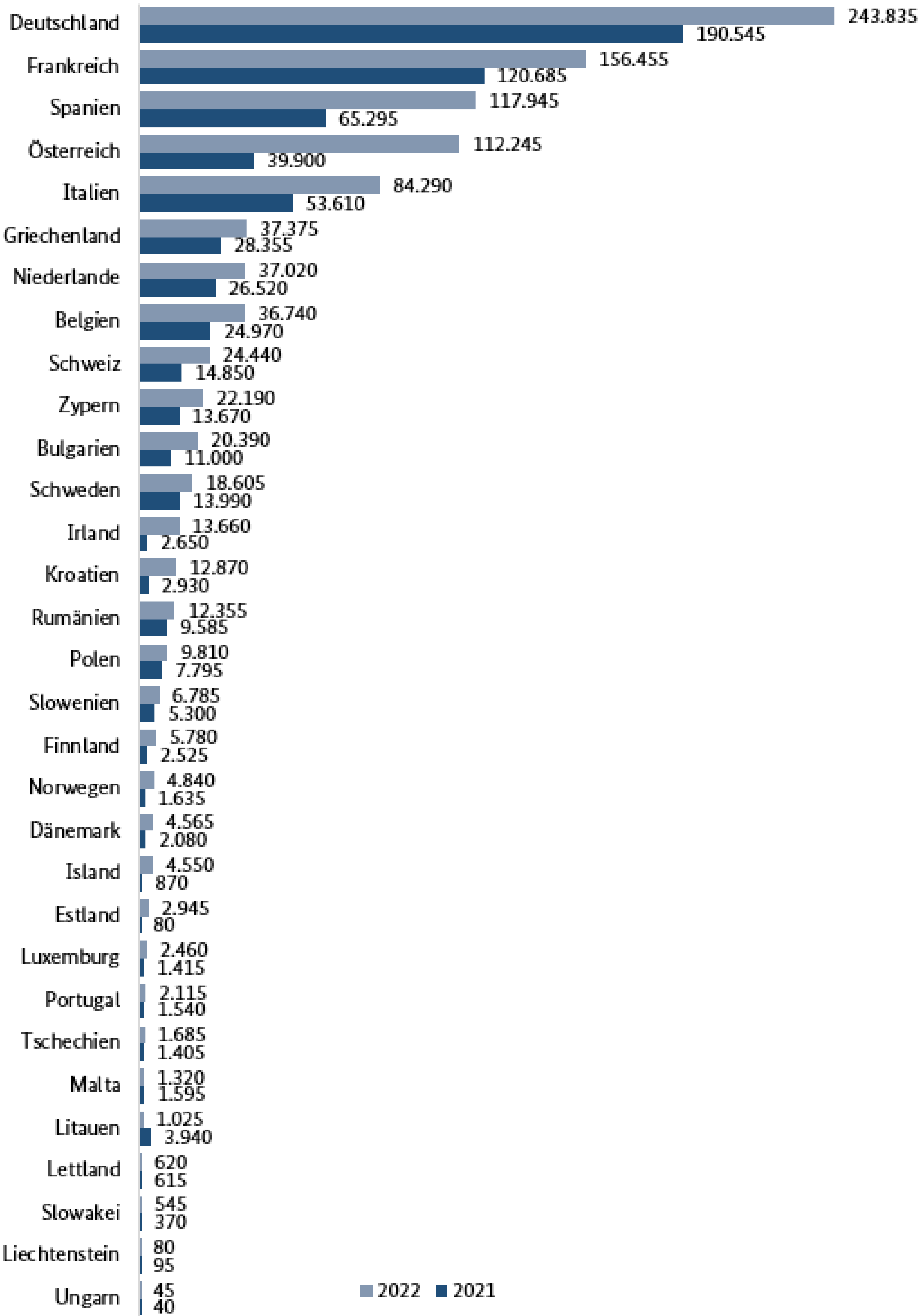
Seit 2013 ist Syrien das Hauptherkunftsland von Asylsuchenden in der EU. Im Jahr 2022 wurden 14,1 % aller Asylanträge in der EU von syrischen Staatsangehörigen gestellt. Von deren 136.065 Erst- und Folgeanträgen wurden 53,4 % in Deutschland entgegengenommen. Die zweitgrößte Gruppe der Asylantragstellenden bildeten afghanische Staatsangehörige mit 12,9 % der gesamten Asylanträge in den EU-Mitgliedstaaten (124.925 Erst- und Folgeanträge im Jahr 2022). Von den afghanischen Staatsangehörigen stellten 33,2 % ihre Asylanträge in Deutschland (41.430 Erst- und Folgeanträge im Jahr 2022). Mit 52.740 Asylanträgen (5,5 %) war die türkische Staatsangehörigkeit die dritthäufigste unter den Asylantragstellenden, die in der EU Schutz suchten. Davon stellten 47,5 % einen Asylantrag in Deutschland (25.035 Erst- und Folgeanträge im Jahr 2022).

---

<sup>132</sup> Datenquelle der Asylantragszahlen in den EU-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen sind die Zahlen von Eurostat, Grundlage bildet Art. 4 der EU-Statistik-Verordnung Nr. 862/2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz. Die sich bei einem Vergleich der Asylstatistiken von Eurostat und der nationalen Geschäftsstatistik ergebenden Diskrepanzen sind u. a. bedingt durch Unterschiede bei den jeweiligen Statistiksyste men, mögliche Mehrfacherfassungen seitens Eurostat und Rundungen aus Datenschutzgründen.

<sup>133</sup> Aufgrund von Nacherfassungen in den Mitgliedstaaten korrigiert Eurostat die veröffentlichten Zahlen zu Asylanträgen fortlaufend. Daher stimmen die Daten nicht notwendigerweise mit denen aus früheren Migrationsberichten überein. Die Daten im vorliegenden Bericht wurden am 15. September 2023 abgerufen. Der EU-Vergleich zwischen den Jahren 2021 und 2022 bezieht sich auf die EU-27-Ebene.

Abbildung 5-4: Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) in den EU-27-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen, 2021 und 2022

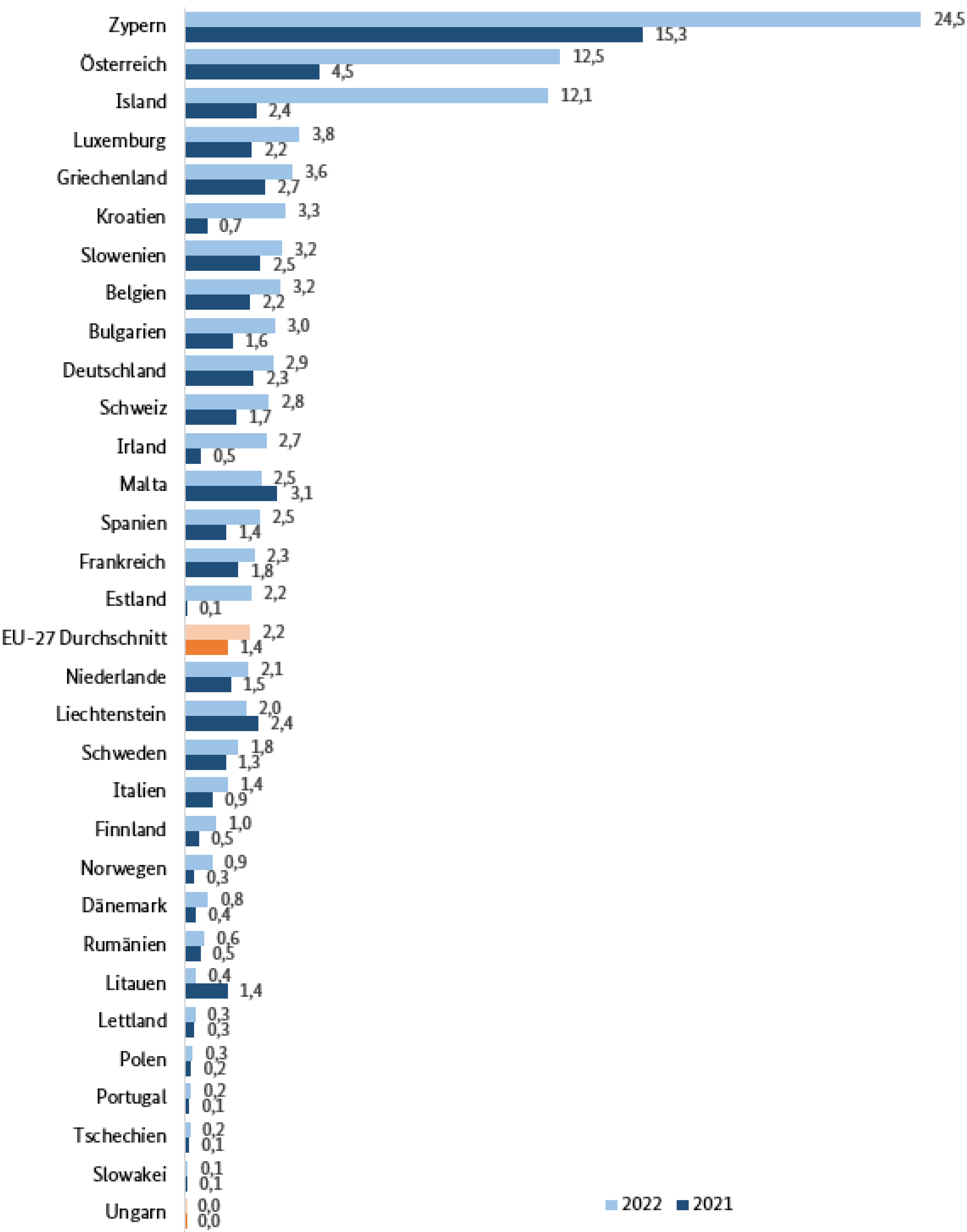


Quelle: Eurostat (migr\_asyappctza, Abfragestand: 15. September 2023)

Bezogen auf die Bevölkerung verzeichnete Zypern im Jahr 2022 24,5 Asylantragstellende je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner, Österreich 12,5 Anträge und Island 12,1 Anträge (vgl. Abbildung 5-5 und Karte 5-1). Deutschland als in absoluten Zahlen zugangsstärkstes Asylantragsland lag mit 2,9 Anträgen ebenfalls über dem Durchschnitt der EU-27 (2,2 Asylanträge je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner).

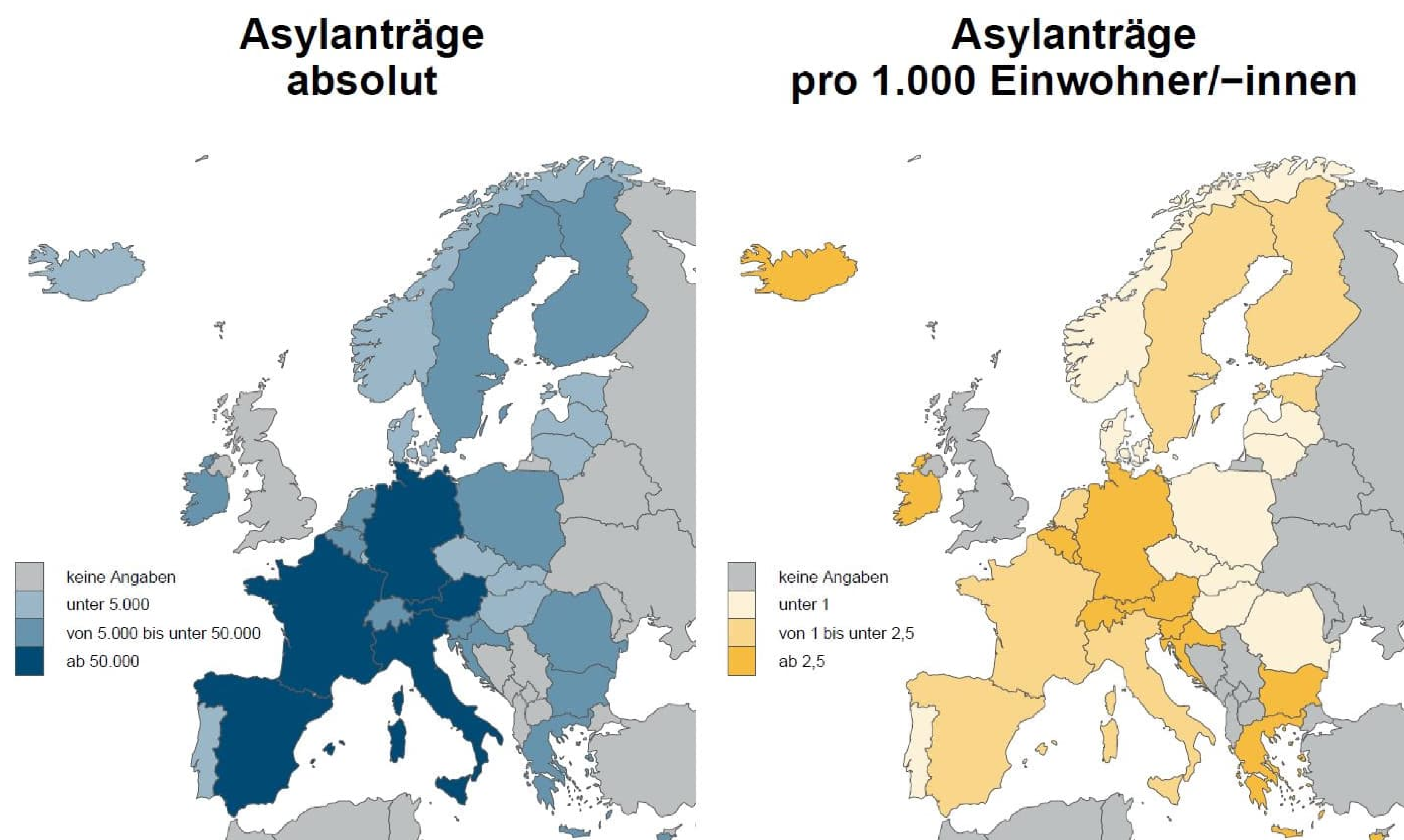


Abbildung 5-5: Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) in den EU-27-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner, 2021 und 2022



Quelle: Eurostat (migr\_asyappctza/demo\_pjan, Abfragestand: 15. September 2023)

Karte 5-1: Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) in europäischen Staaten im Jahr 2022



Quelle: Eurostat, (migr\_asyappctza/demo\_pjan, Abfragestand: 15. September 2023)

Betrachtet man die Entwicklung der Migration aus humanitären Gründen weltweit, so zeigt sich, dass die Zahl der Asylanträge von 2021 auf 2022 insgesamt um 83 % von 1,4 Millionen auf 2,4 Millionen Erstanträge gestiegen ist. Nach Angaben des UNHCR waren im Jahr 2022 die Vereinigten Staaten das Hauptziel-land von Asylantragstellenden (730.400 Anträge), vor Deutschland mit rund 217.800 Anträgen.<sup>134</sup> Weitere Hauptzielländer außerhalb der EU waren Costa Rica (129.500), Spanien (118.800), Mexiko (118.800) und Frankreich (115.100). Venezuela bildete mit 264.000 Asylanträgen im Jahr 2022 erstmals das bedeutendste Herkunftsland von Antragstellenden weltweit, gefolgt von Afghanistan (208.500), Nicaragua (165.800 Anträge), Ukraine (152.000), Syrien (147.600) und Kolumbien (90.500).<sup>135</sup>

## Asylentscheidungen

Im Jahr 2022 wurden in der EU-27 632.350 Asylverfahren von Nicht-EU-Staatsangehörigen in erster Instanz entschieden, das waren 20,6 % mehr als im Jahr 2021 (524.410 Entscheidungen).<sup>136</sup> Insgesamt wurde 143.010 Menschen Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention gewährt (22,6 % aller Entscheidungen). 65.850 Personen erhielten humanitären Schutz (10,4 %) und 101.740 Personen subsidiären Schutz (16,1 %) (vgl. Tabelle 5-1). Die meisten Entscheidungen entfielen dabei auf Deutschland (197.540)<sup>137</sup>, Frankreich (129.655), Spanien (83.385), Italien (53.060) und Österreich (39.000).

<sup>134</sup> Vgl. UNHCR 2023, S. 31. Die Eurostat-Daten greifen auf Erst- und Folgeanträge zurück, während die UNHCR-Daten auf Asylerstanträgen basieren, vgl. auch Kapitel 3.4.

<sup>135</sup> Vgl. UNHCR 2023, S. 31f.

<sup>136</sup> Aufgrund von Nacherfassungen in den Mitgliedstaaten korrigiert Eurostat die veröffentlichten Zahlen zu Entscheidungen fortlaufend. Daher stimmen die Daten nicht notwendigerweise mit denen aus früheren Migrationsberichten überein. Die Daten im vorliegenden Bericht wurden am 19. September 2023 abgerufen. Der EU-Vergleich zwischen den Jahren 2021 und 2022 bezieht sich auf die EU-27-Ebene.

<sup>137</sup> Die Daten von Eurostat sind nicht mit der nationalen deutschen Asylstatistik identisch. So werden etwa Verfahrenseinstellungen und Rücknahmen von Eurostat nicht als Entscheidungen gezählt (vgl. dazu BAMF 2023, S. 33).



Hinsichtlich der Gewährung von Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention (mit Gesamtentscheidungszahlen ab 5.000 Entscheidungen pro Jahr) standen im Jahr 2022 unter den EU-Staaten mit hohen Anerkennungszahlen Niederlande (53,1 %) und Griechenland (48,5 %) prozentual an der Spitze. Deutschland lag im Mittelfeld (20,7 %). Niedrige Anerkennungszahlen gab es unter anderem in Spanien (8,2 %) und Italien (14,3 %).

Die Gewährung von sonstigem humanitärem Schutz nach nationalem Recht erfolgte EU-weit dagegen relativ selten. Eine Ausnahme unter den Hauptzielländern bildeten Spanien und Italien, die mit den höchsten Anteilen an Gewährungen von 25,1 % bzw. 20,5 % weit über dem EU-Durchschnitt von 10,4 % lagen, Deutschland mit 15,2 % ebenfalls darüber. Die unterschiedlichen Anerkennungsquoten bei den verschiedenen Schutzformen sind auf die nationalen Gesetze bzw. die jeweilige Entscheidungspraxis des betreffenden Landes, vor allem aber auf die jeweilige herkunftsländerspezifische Zusammensetzung der Asylantragstellenden zurückzuführen.

Bei der Gewährung europarechtlichen subsidiären Schutzes gemäß Artikel 15 der Qualifikationsrichtlinie zeigt sich, dass von den Hauptzielländern von Asylsuchenden im Jahr 2022 Deutschland (29,1 %) und die Niederlande (29,0 %) überproportional hohe Anerkennungsquoten aufwiesen, während unter anderem Frankreich (4,8 %) und Belgien (1,8 %) unter dem EU-Durchschnitt von 16,1 % lagen.



Tabelle 5-1: Erstinstanzliche Entscheidungen über Asylanträge in den EU-27-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen im Jahr 2022

Staaten	Entscheidungen insgesamt	Gewährung von Flüchtlings-schutz nach GFK	Quote	Gewährung von humanitärem Schutz	Quote in %	Gewährung von sub-sidiärem Schutz	Quote
Belgien	24.025	10.495	43,7%	:	-	430	1,8%
Bulgarien	4.815	100	2,1%	:	-	4.270	88,7%
Dänemark	985	395	40,1%	60	6,1%	55	5,6%
Deutschland	197.540	40.910	20,7%	30.020	15,2%	57.530	29,1%
Estland	2.195	60	2,7%	0	0,0%	2.040	92,9%
Finnland	2.595	960	37,0%	165	6,4%	105	4,0%
Frankreich	129.655	29.410	22,7%	:	-	6.265	4,8%
Griechenland	38.645	18.730	48,5%	0	0,0%	515	1,3%
Irland	4.470	1.440	32,2%	2.085	46,6%	70	1,6%
Italien	53.060	7.610	14,3%	10.865	20,5%	7.205	13,6%
Kroatien	100	20	20,0%	0	0,0%	0	0,0%
Lettland	400	210	52,5%	:	-	20	5,0%
Litauen	740	290	39,2%	0	0,0%	15	2,0%
Luxemburg	1.310	775	59,2%	:	-	265	20,2%
Malta	1.270	15	1,2%	10	0,8%	170	13,4%
Niederlande	17.400	9.245	53,1%	890	5,1%	5.045	29,0%
Österreich	39.000	11.455	29,4%	290	0,7%	4.815	12,3%
Polen	5.190	300	5,8%	0	0,0%	3.570	68,8%
Portugal	865	615	71,1%	:	-	60	6,9%
Rumänien	4.070	490	12,0%	0	0,0%	535	13,1%
Schweden	10.010	2.205	22,0%	530	5,3%	655	6,5%
Slowakei	150	15	10,0%	10	6,7%	45	30,0%
Slowenien	345	40	11,6%	:	-	165	47,8%
Spanien	83.385	6.815	8,2%	20.925	25,1%	7.385	8,9%
Tschechien	1.100	70	6,4%	0	0,0%	250	22,7%
Ungarn	35	10	28,6%	0	0,0%	20	57,1%
Zypern	8.995	335	3,7%	0	0,0%	235	2,6%
EU-27 insgesamt	632.350	143.010	22,6%	65.850	10,4%	101.740	16,1%
Island	1.225	75	6,1%	40	3,3%	840	68,6%
Liechtenstein	15	0	0,0%	5	33,3%	0	0,0%
Norwegen	1.370	1.015	74,1%	30	2,2%	55	4,0%
Schweiz	11.475	4.715	41,1%	4.530	39,5%	635	5,5%

Anmerkung: Der Eintrag „-“ bedeutet, dass die Daten nicht verfügbar sind. Abweichungen in den Gesamtzahlen sind durch die von Eurostat angewandte Fünferrundung bedingt.

Quelle: Eurostat (migr\_asydcfsta, Abfragestand 16. September 2023)